

Die Unterrichtspraxis

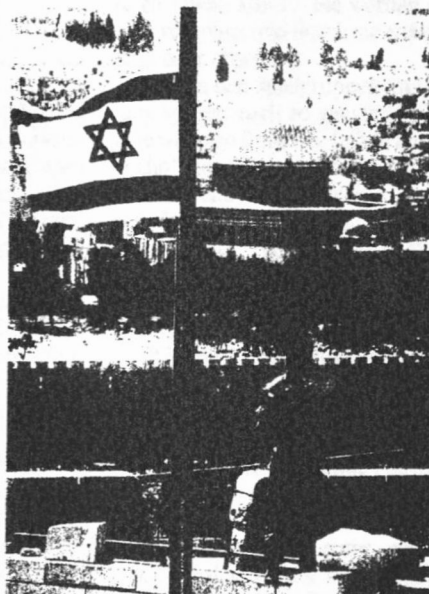
Beilage zu „bildung und wissenschaft“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

ISSN 0157-0180

Andreas Brunold / Udo Schade

Zur Problematik des Nahost-Konfliktes – aufgezeigt an einem Planspiel

Ein Hauch von internationaler Atmosphäre weht durch den Lehrsaal. Lehramtsstudenten und Lehramtsstudentinnen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg simulieren Verhandlungsdiplomatie in der Sitzung des Sicherheitsrates zum Nahost-Konflikt. In der Debatte versuchen die Vertreter der Teilnehmerländer und Organe die Interessen des jeweiligen Landes durchzusetzen und so Einfluss auf die Beschlüsse auszuüben. Indem sich die jungen Leute in die Rolle von Delegierten eines Landes oder eines Organes der UNO versetzen, sind sie gezwungen, sich mit den jeweiligen politischen Verhältnissen und Interessen der Verhandlungspartner auseinanderzusetzen. Auf spielerische Weise erlernen die Studierenden so eigene Positionen zu vertreten, Bündnispartner zu suchen und sich gegenüber anderen zu behaupten. Alles Schlüsselqualifikationen, die nicht nur in der Diplomatie zu gebrauchen sind.



Quelle: Wochenschau Verlag

Zur Struktur von Planspielen.

Theorie und Systematik eines Planspiels sind nicht eindeutig definiert. So umfasst dieses einfachste Optimierungsaufgaben bis hin zu breit angelegten und vielschichtigen Spielzügen, in welchen die Entscheidungen der Mitspieler jeweils neue komplexe Bedingungen für weitere Spielhandlungen erzeugen. Ein Blick auf die Genealogie der Methode zeigt, dass ihr historischer Vorläufer – das militärische Simulationsspiel im Sandkasten – schon seit dem 17. bzw. 18. Jahrhundert im militärischen Bereich zur Anwendung gelangte.

Für ein Planspiel sind viele Themen geeignet. Wenn durch Planspiele höhere Lernerfolge erzielt werden als mit traditionellen Methoden ist dies u.a. darauf zurückzuführen, dass Lernprozesse hierbei in ihrer ganzen Komplexität wirksam werden. Die intendierten Lernprozesse führen einerseits zu einem angemessenen Wirklichkeitsverständnis, andererseits sind sie Training sozialen bzw. poli-

tischen Verhaltens. Bedingungsabhängigkeiten werden erfahrbar, Strategien zur Lösung von realen Problemen werden entwickelt und sind Anlass und Ziel des Einsatzes von Planspielen.

Begriffe wie Szenario-Methode, Simulations-, Strategie- oder Rollenspiel repräsentieren über- bzw. untergeordnete Spieltypen. Sie sind trotz der häufigen Zuordnung als Planspiele mit jenen nicht identisch. Besonders unscharf verläuft die Grenze zwischen Simulationsspiel und Planspiel. Dies rührt daher, dass hier nicht selten Elemente des jeweils anderen Spieles integriert sind. So wird unter einem Simulationsspiel lediglich die Analyse und das Nachahmen eines historischen oder politischen Prozesses verstanden. Beim Planspiel wird hingegen eine erdachte Lage, eine Situation oder ein Fall auf eine „offene“ Lösung oder ein bestimmtes Ziel hin entworfen.

In einem Rollenspiel werden aktuelle Probleme eines Individuums oder einer Grup-

pe auf einen Konflikt hin ausgelegt, bei gleichzeitiger Möglichkeit zur Kooperation. Gesellschaftliche Dimensionen und institutionelle Bedingungen stehen hierbei zumeist im Hintergrund. In Planspielen dagegen sind Rollenspiele als Methode zur Verhaltensreflexion bzw. Verhaltensänderung enthalten. Hier bietet sich die Chance, Einblick durch eigene Erfahrung oder Aktion in die Funktionsweise sozialer und politischer Systeme zu bekommen.

Das Planspiel versteht sich somit als Lernangebot mit einer ausgeprägt offenen Struktur. Es ist Bindeglied zwischen theoretischer Wissensvermittlung und praktischer Übung. Vorgegeben ist lediglich die Ausgangslage, der weitere Verlauf ist offen. Die Teilnehmenden werden zum selbstständigen Arbeiten angeregt und mit den Eigenheiten gruppenspezifischer Prozesse konfrontiert. Angemessene Kompromisse zu finden, ist dabei notwendig; ebenso die Einsicht, sich mit bestimmten Durchsetzungsstrategien zu behaupten. Gesellschaftliche Zwänge sollen erkannt und als veränderbare Praxis begriffen werden. Letztendlich wird damit die eigene Position bekräftigt. Informationsdefizite werden zwar zumeist als Verminderung der Handlungsmöglichkeiten empfunden, doch sie motivieren auch dazu, sich Wissen selbstständig anzueignen.

Obwohl Planspiele grundsätzlich als offen gelten, ist eine strukturelle Gliederung für das Gelingen Voraussetzung:

- Die Einführungs- und Vorbereitungsphase dient der Darstellung der Problemlage sowie der Erläuterung der Spielregeln. Die Rollen werden entsprechend der Neigung oder auch zufällig verteilt.
- Im folgenden Spielabschnitt finden Gespräche in Kleingruppen statt. Hierbei kann es schon zu Kontakten mit anderen Gruppen oder zu ersten Sitzungen kommen. Dieser Teil des Spiels dient dem Rollenstudium, der Informationsanalyse und der Strategieplanung. Ihm ist der zeitlich aufwändigste Teil zuzuordnen.

- Sämtliche Spielzüge laufen über die Spielleitung ab, die den zeitlichen Verlauf koordiniert und das Spiel entweder schriftlich (Wandzeitungen, Folien) oder mittels elektronischer Medien (Computerdarstellungen) dokumentiert. Sie bereitet die Lernsituationen vor und sollte sich weitestgehend von einer Lenkung des Spielablaufs zurückzunehmen. Weiter obliegt es ihr, den Ablauf durch Erweiterungen oder Erschwernisse zu steuern und damit die Außenwelt zu simulieren.
- Ein Planspiel gilt als beendet, wenn eine zu Beginn festgelegte Spielzeit abgelaufen ist oder die Entwicklung des Spielgeschehens einen Abbruch als günstig erscheinen lässt. Am erfolgreichsten sind Planspiele, die an einem „Runden Tisch“ oder in einem Plenum enden.
- Eine Reflexions- und Auswertungsphase schließt das Spiel ab, in der die Dokumentation kritisch ausgewertet wird.

Zur Organisation von Planspielen _____

Gemeinsames Element aller Planspiele sind Spielgruppen, die Einzelpersonen, Organisationen, Interessengruppen oder Institutionen repräsentieren können. Deren Handeln richtet sich nach vorgegebenen Rollenbeschreibungen und der inhaltlichen Ausgestaltung durch die Spielgruppen.

Aufgabe der Spielgruppen ist es, ausgehend von einer Konfliktsituation, Ziele und Handlungsstrategien zu entwickeln und diese durchzusetzen. Grundsätzlich kommt dabei der individuellen Rolle eine zentrale Bedeutung zu. Sind die Rollen jedoch zu abstrakt formuliert, können persönliche Dispositionen des Handlungsträgers durchschlagen. Hier bietet sich die mehrfache Besetzung einer Rolle an. Weiter wird der Handlungsspielraum der Gruppen stark von der Ausgangslage, den Variationsmöglichkeiten und der Realitätsnähe beeinflusst. Die einzelnen Spielschritte können schriftliche Mitteilungen oder mündliche Kontakte zwischen den Gruppen oder auch institutionalisierte Kommunikationsformen (z.B. Konferenzen und Debatten) sein. Eine Verteilung der Spielgruppen innerhalb verschiedener Örtlichkeiten ist für jedes Planspiel ideal, aber nicht zwingende Voraussetzung. Einfache und zeitlich geraffte Planspiele können auch in einem einzigen größeren Raum durchgeführt werden. Zur Organisation des Spielablaufs sind Formulare geeignet, die den jeweils gewünschten Spielschritt ankündigen (vgl. Abb. 1).

Den Gruppen steht die Spielleitung gegenüber, die Anzahl und Dauer der Spielrunden bestimmt, die Entscheidungen der Spieler beurteilt und die daraus resultierenden Wirkungen und neuen Ausgangssituationen festlegt. Sämtliche Interaktionen sind ausschließlich über sie möglich.

Der Vergleich zwischen Vorgaben und Realisierung liefert stets neue Informationen

Spielschritt-Ankündigung:	
_____ nimmt Kontakt auf mit _____	
genehmigt	abgelehnt

Abb. 1: Formular: Spielschritt-Ankündigung

und Zielsetzungen für die nachfolgenden Spielphasen. Es ist daher erforderlich, dass die Spielschritte sowie die erzielten Ergebnisse festgehalten werden. Damit lässt sich nicht nur der augenblickliche Stand des Planspiels überblicken, sondern dieses kann anschließend auch analysiert und durch Annäherungen an die realen Gegebenheiten interpretiert werden.

Für die Rekonstruktion der Abfolge dokumentiert die Spielleitung laufend zwei Zeiteinheiten: die „Spielzeit“ und die „Echtzeit“ (vgl. den Verlauf in Abb. 3). Die Ankündigung der Spielschritte erfolgt auf vorbereiteten Formularen (siehe Abb. 1). Sie werden der Spielleitung vorgelegt und durch sie entweder genehmigt oder abgelehnt.

Neben den Spielgruppen und der Spielleitung spielen auch so genannte „Beobachter“ eine wichtige Rolle. Sie haben die Aufgabe, als „Echo“ des Spiels zu wirken und die Effektivität der einzelnen Gruppen zu dokumentieren. So halten die Beobachter fest, inwieweit Standpunkte der Diskussionssteilnehmer berücksichtigt (Kooperationsfunktion) bzw. wirksam vertreten wurden (Argumentationsfunktion).

Wichtig für den Erfolg ist die „Synchronisation“, d.h. es muss darauf geachtet werden, dass alle Gruppen den Übergang von einer Spielrunde zur anderen vollziehen. Dabei kann der Ablauf in folgende Phasen gegliedert werden: Lese- oder Meinungsbildungsphase, Verhandlungs- und Konferenzphase sowie Spielauswertung. In einer abschließenden Phase werden Verlauf und Ergebnisse analysiert. Dazu werden die wesentlichsten Spielschritte sowie deren Folgen für die angestrebten Lernziele aufgezeigt und diskutiert. Zentrale Bedeutung kommt dabei den Problemlösungsalternativen zu.

Auch wenn einzelne Gruppen sich durch besondere Varianten und Ergebnisse profilieren, gilt generell, dass Ergebnisse von Planspielen nur von begrenzter Aussagefähigkeit sind und sich nur bedingt auf die Realität übertragen lassen. Stets müssen die Ergebnisse unter den gesetzten Prämissen eines Modells verstanden und gewichtet werden.

Vorüberlegungen zur Ausgangslage und zur Konfliktsituation _____

Für die Formulierung der Ausgangslage wird ein „Realitätsausschnitt“ definiert. Besonders geeignet erscheinen hierfür Konfliktsituationen, die aufgrund ihrer Zuspitzung einer Verhandlungslösung bedürfen. Daraus wird dann eine Aufgabe formuliert, die von den Spiel-

gruppen zu einer konkreten Spielrealität weiterentwickelt wird. Notwendig ist dabei, dass die Teilnehmenden differenzierte Gesprächsformen zur Erarbeitung von Lösungsstrategien beherrschen sowie über Fähigkeiten zur themenzentrierten Kommunikation verfügen.

Jedes Planspiel steht und fällt mit der Qualität des „spielbaren Konfliktes“. Ist jener zu platt oder zu wenig kontrovers, wird das Spiel zäh und es ist nur mit Mühe durchführbar. Ist der Konflikt zu personell konzipiert, kann sich das Spiel auch in der Dramaturgie einzelner Rollen erschöpfen. Eine Voraussetzung ist auch die notwendige curriculare Freiheit, da sich Lernziele – aufgrund der Offenheit des Spiels – nicht bis ins letzte Detail planen lassen.

Didaktische und methodische Gründe sprechen ebenfalls für eine inhaltliche Reduktion, bei der die Beschränkung auf lediglich einen Ausschnitt der Wirklichkeit ein wesentlicher Gesichtspunkt ist. Die Konstruktion eines Planspiels verlangt auch eine Beschränkung der Zahl der Spielgruppen sowie eine zeitliche Komprimierung. Informationsmaterialien, in diesem Fall Quellentexte, Karten, völkerrechtliche Bestimmungen (UN-Konventionen und Resolutionen) sowie Medien (Flip-Charts, Overheadprojektoren, Folien) sollten bereits im Vorfeld zur Verfügung stehen. Idealerweise sollte auch der Zugang zum Internet sowie zu Bibliotheken gegeben sein.

Zur Durchführung und Reflexion des Planspiels _____

Das Planspiel zum Nahost-Konflikt wurde vom 1. bis 15. Februar 2001 in drei Doppelstunden mit Studierenden des Faches Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg durchgeführt. Dafür wurden vor allem Quellentexte und Dokumente der Vereinten Nationen herangezogen, daneben aber auch Unterrichts- und Kartenmaterialien zum besseren Verständnis der geopolitischen Machtverhältnisse. Hierbei standen den Spielgruppen u.a. das Heft „Israel“ aus der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ (herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung) sowie die Broschüre „Der Nahost-Konflikt“ der Reihe „Kontroversen“ (ebenfalls herausgegeben von Bundeszentrale für politische Bildung) zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde zuvor ein Vortrag von Jochi Weil, Vertreter der Schweizer Menschenrechtsorganisation Centre Sanitaire Suisse (CSS) aus Zürich gehalten, der einen Bericht zum Nahost-Konflikt bzw. eine Beschreibung der Lage in den Palästinenser-

bieten abgab. Der Vortrag ist – neben der gekürzten Transkription der simulierten Sitzung des Sicherheitsrats (vgl. M 2) – als Material (vgl. M 1) beigelegt.

Die Initialzündung der simulierten Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats bildete die fiktive Ausrufung des Staates Palästina durch den Präsidenten des palästinensischen Nationalrats, Yassir Arafat, wie er im Gaza-Jericho-Abkommen für den 4. Mai 1999 auch vorgesehen war. Vom Generalsekretär wurden die fünf ständigen Mitglieder, die Konfliktparteien Israel und Palästina sowie der Internationale Gerichtshof (IGH) eingeladen, um Informationen des ständigen Beobachters in der Region sowie der Menschenrechtskommission in die Diskussion mit einbringen zu können. Den Handlungsträgern lagen Rollenzuschreibungen zugrunde (vgl. Abb. 2).

Indem die palästinensische Seite forderte, die internationale Staatengemeinschaft solle einen Staat Palästina anerkennen, appellierte sie zugleich an die Einhaltung der verschiedenen UN-Resolutionen sowie an die Verhandlungsbereitschaft der in diesem Prozess beteiligten Staaten und UN-Organe. Dem Charakter eines Planspiels folgend, war dieser einleitende Handlungsschritt als notwendiger Impuls geeignet, die im Planspiel erwünschte schwere diplomatische Krise hervorzuheben. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Dringlichkeitssitzung bereits einen Tag später – in der „Spielzeit“ am 2. Februar – auch plausibel.

Im Verlaufe der Sitzung war diejenige Gruppe, die Israel repräsentierte, in die Defensive geraten und auf sie wurde – ausgenommen von den USA – einiger Druck ausgeübt. Dabei entsprach ihr Verhalten eher weniger der Realität, vielmehr zeigte sie sich kompromissbereit, wie dies im Kontext des Spiels auch durchaus angebracht erschien. Dass es dabei zu einer einvernehmlichen Lösung kam, liegt in der Natur des Planspiels sowie in der allgemeinen Neigung der Teilnehmenden begründet, solche Konfliktsituationen nur begrenzt lange auszuhalten. Auch setzen sich die Akteure oft selbst unter Druck, angesichts der begrenzten Zeit zu einer schnellen Entscheidung kommen zu müssen. Dabei werden häufig Entscheidungen gescheut, die für eine Partei negative Folgen haben könnten, so dass scheinbar ausweglose Situationen durch einen „Federstrich“ gelöst werden können. So kann hier auch lediglich eine Lösung angeboten werden, die unseres Erachtens auch relativ nahe an die Grenze der Plausibilität stößt. Ob es tatsächlich jemals zu einer solchen Lösung kommen kann, darf also zu Recht bezweifelt werden, ist aber auch nicht als Aufgabenstellung immanent in der Konzeption eines Planspiels begründet. Vielmehr soll durch Planspiele aufgezeigt werden, dass die Politik häufig keine „richtigen“ Lösungen anbieten kann. Letztlich bildet aber gerade die Reduktion der schwierigen Sachlage die Chance, sich diesem komplizierten internationalen Politikfeld zu nähern.

Nach den Ereignissen des 11. September, denen die sogenannte Al-Akqsa-Intifada, aus-

Israel: Konservativ ... Handlungsziel: Bewahrung des Status quo.
Palästina: Hilfesuchend ... Handlungsziele: Mittel auszuschöpfen.
Sicherheitsrat: Vermittelnd ... Handlungsziele: setzt sich dafür ein, dass ...
Internationaler Gerichtshof: Rechtsprechend ... Handlungsziel: Information
Generalsekretariat Vermittelnd ... Handlungsziel: Information, Beratung, Einflussnahme...

Abb. 2: Handlungsträger und deren Rollenzuschreibung

gelöst durch den Besuch des späteren Ministerpräsidenten Ariel Sharon auf dem Tempelberg im September 2000, vorausging, hat sich der Konflikt zu mittlerweile offenen Kampfhandlungen ausgeweitet. Es ist der Versuch Israels erkennbar – quasi im Windschatten der Reaktionen auf die Ereignisse in den USA und im „Kampf gegen den Terroris-

mus“ – seine strategischen Positionen in der Region auszubauen.

Der Dauerkonflikt im Nahen Osten scheint damit auch mehr denn je zu einer Bewährungsprobe der US-amerikanischen Politik in ihrer Rolle als „ehrllicher Makler“ sowie eine Frage der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen in dieser Region zu werden, steht und fällt doch die Frage einer Eindämmung des internationalen Terrorismus nicht zuletzt auch mit dem Willen und den Fähigkeiten der amerikanischen Regierung sowie der internationalen Staatengemeinschaft, und hier nicht zuletzt auch der Europäischen Union, die Konfliktparteien – notfalls auch mit Druck und unter Androhung von Sanktionen – an den Verhandlungstisch zurückzuholen und auf einen Friedensschluss zu drängen. Angesichts der UN-Resolution 194, die das Rückkehrrecht der nach 1948 geflüchteten Palästinenser vorsieht, sowie den Resolutionen 242 und 338, die eine Rückgabe der im Krieg 1967 besetzten Gebiete fordern, kommt Israel eine besondere Verantwortung zu.

Demgegenüber steht auf palästinensischer Seite eine Volks- und Massenbewegung, die sich unter der israelischen Politik der Stärke und dem Leidensdruck der eigenen Bevölkerung durch politische Strömungen wie dem Islamischen Dschihad oder der Hamas zunehmend radikalisiert. Im Vergleich

Abb. 3: Verlauf der Kontakte der einzelnen Spielgruppen

Spielzeit	Handlungsschritte	Echtzeit
01.02.2001	Ausrufung des unabhängigen Staates Palästina	1. 02. 2001 15 Uhr
02.02.2001	Kontakt: Sicherheitsrat – Palästina	8. 02. 2001 14.45
03.02.2001	Kontakt: Generalsekretariat – Sicherheitsrat	14.50
	Kontakt: Palästina – Internationaler Gerichtshof	15.00
04.02.2001	Kontakt: Palästina – Generalsekretariat	15.00
	Kontakt: Sicherheitsrat – Israel	15.10
05.02.2001	Kontakt: Generalsekretariat – Internationaler Gerichtshof	15.10
	Kontakt: Internationaler Gerichtshof – USA	
06.02.2001	Kontakt: Russische Föderation – Israel kam nicht zustande, weil USA bereits Ergebnisse lieferte	15.15
	Kontakt: Palästina – Israel	15.30
07.02.2001	Kontakt: Sicherheitsrat (ohne Großbritannien) – Israel	15.40
	Kontakt: Internationaler Gerichtshof – Israel	15. 02. 2001 14.19
08.02.2001	Kontakt: Generalsekretariat – Internationaler Gerichtshof	14.25
09.02.2001	Kontakt: Palästina – Israel	14.35
10.02.2001	Kontakt: Palästina – Internationaler Gerichtshof	14.40
11.02.2001	Generalsekretär beruft Plenum ein	14.55
	Generalsekretär verordnet Besprechungspause	15.22
	Schluss der Dringlichkeitssitzung	15.45

der Kräftekonstellationen soll es erlaubt sein, hier von einem asymmetrischen Machtpotenzial der beiden Kontrahenten zu sprechen, bei dem es den Palästinensern scheinbar nur möglich ist, durch weitgehende Mobilisierung ihrer Bevölkerung und einzelner Gruppierungen auf der politischen Agenda zu bestehen. Israel dagegen sieht seine traditionell begründeten Sicherheitsinteressen gefährdet und vertritt eine Politik, die das Recht auf Selbstverteidigung betont und jede Einmischung in seine Eigenstaatlichkeit und souveränen Rechte ablehnt. Vor diesem Hintergrund ist es unumstritten, dass es umfassenden Vermittlungsversuchen einer unabhängigen und von außen kommenden neutralen politischen Instanz wie den Vereinten Nationen bedarf, um den scheinbar unlösbaren Nahost-Konflikt einer Lösung näherzubringen (vgl. M 3).

M 1: Interview mit Jochi Weil, Vertreter der Centrale Sanitaire Suisse – Zürich/Schweiz!

Herr Weil, Sie sind für die Nichtregierungs-Organisation Centrale Sanitaire Suisse (CSS) Zürich/Schweiz tätig. Können Sie kurz darstellen, welche Aufgaben Ihre Organisation übernimmt?

Die Centrale Sanitaire Suisse wurde während des Spanischen Bürgerkrieges 1937 als medizinische Organisation gegründet und steht auf der Seite unterdrückter Menschen. In Palästina sind wir seit Ende der 70er Jahre tätig und unterstützen einen unabhängigen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Seit an Seite mit Israel, dessen Sicherheit in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967 zu gewährleisten ist (...).

Wie beurteilen Sie die derzeitige politische Situation im Nahen Osten?

Aus meiner Sicht ist die Lage sehr explosiv. Ich habe seit einiger Zeit Angst davor, eines Tages zu vernehmen, dass die israelische Armee Palästina, d.h. die Westbank und den Gazastreifen mit Panzern, Artillerie, Infanterie und der Luftwaffe überrollt. Wenn israelische Truppen in die A-Zonen der Autonomiebehörden eindringen, braucht es dafür nicht einmal mehr die vorherige Zustimmung aus dem Verteidigungsministerium. Hohe Truppenkommandeure können dies selbst entscheiden. (...) Gefährlich ist die Strangulationspolitik Israels mit den ständigen Abriegelungen und den zunehmenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser. Die Checkpoints sind Frustrationsfördernd, weil die Palästinenser durch die ständigen Kontrollen noch mehr ihrer Würde beraubt werden. Gefährlich ist die Situation vor allem deshalb, weil ein großer Teil der jüdischen Israeli die Politik der Einheitsregierung unter der Führung von Ministerpräsident Scharon gutheißt, die auf die Karte militärischer Überlegenheit setzt und diese ausspielt, anstatt wieder an den Verhandlungstisch zu sitzen und eine politische Lösung zu suchen, die auch für die Mehrheit der Palästinenser akzeptabel ist. Wir haben uns vor Augen zu halten, dass der Ministerpräsident von einer deutlichen Mehrheit der jüdischen Israeli demokratisch gewählt worden ist. Die Zustimmung in der jüdisch-israelischen Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen der israelischen Regierung beträgt zur Zeit etwa 71 Prozent. 24 Prozent halten die getroffenen Maßnahmen für unzureichend. Nur etwa 5 Prozent kritisieren diese. Ein

wichtiger Grund dafür ist die ständige Gefahr in Israel, wo jederzeit und überall Bomben mit und ohne Selbstmordattentäter explodieren können. Die Ängste davor verengen das rationale Denken und Handeln.

Die Vergeltungsangriffe seitens Israels – erstmals seit 1967 auch mit Kampfbombern – setzen die Eskalation der Gewaltspirale dramatisch fort. Die Palästinenser setzen sich in ihrer Mehrheit zur Wehr und wenden ihrerseits Gewalt an. Es ist ihr legitimes Recht, die Besatzung abschütteln zu wollen, obwohl ihnen sicherlich bewusst ist, dass kurz- und mittelfristig die Machtverhältnisse derart ungleich sind, dass praktisch keine Chancen bestehen, einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Waffengewalt zu erkämpfen.

Israel ist heute weniger denn je bereit, sich aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen und für eine Zwei-Staatenlösung mit Jerusalem als Hauptstadt für Israel und Palästina einzutreten, also die UNO-Resolutionen 242 und 338 zu erfüllen. Von einer Anerkennung der UNO-Resolution 194 betreffend des Rückkehrrechts für Flüchtlinge aus dem Jahre 1948 ganz zu schweigen. Sharon ist lediglich bereit, den Palästinensern ca. 42 Prozent der Westbank zur Selbstverwaltung zuzugestehen. Das können diese schlicht nicht annehmen. Die internationale Gemeinschaft schaut der Tragik scheinbar hilflos zu. Die USA unter der Führung von Präsident Bush unternehmen noch weniger, als dies bei Ex-Präsident Clinton der Fall war.

Welches sind die hauptsächlichen Problembereiche zwischen Israel und den Palästinensern?

Aus meiner Sicht werden die Palästinenser zu wenig als gleichberechtigte Mitmenschen wahrgenommen, sondern ständig in ihrer Würde abgewertet. Viele Juden begegnen ihnen nicht mit dem notwendigen Respekt, der unabdingbar ist, wenn Menschen in Friede neben- oder gar miteinander leben wollen. In uns ist immer noch viel zu sehr das Bild des Arabers, der einem das „Messer in den Rücken“ steckt, sobald wir uns umdrehen, sowie die Vorstellungen von palästinensischen Terroristen. Aber auch umgekehrt wird der Jachud, der Jude, von vielen Arabern verteufelt. Die gegenseitigen Feindbilder schrittweise abzubauen wird weiterhin die Aufgabe von Generationen sein.

Die politischen Kernprobleme sind rasch auszumachen: Schmerzvoll ist vor allem die Frage des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge seit 1948 und ihrer Nachkommen nach Israel. Es sollen insgesamt ca. 3 Millionen sein. Das löst in uns Juden enorme Ängste aus und ist wohl einer der Hauptgründe für den Wahlsieg von Ariel Scharon und für die derzeitige Gewalteskalation.

Ein Haupthindernis auf dem Wege zu einer gerechten politischen Lösung sind vor allem die Siedlungen. Diese sollen bleiben oder sogar noch ausgebaut werden, was seit Jahren eine Provokation für die Palästinenser bedeutet. Ministerpräsident Scharon weigert sich strikt, auf den von der Mitchell-Kommission vorgeschlagenen Stopp des Siedlungsbaus einzugehen. Zentral ist auch die Wasserfrage. Ein Großteil der palästinensischen Wasservorräte benutzt Israel für die Siedlungen und zur Bewässerung der Landwirtschaft. Den Palästinensern steht dagegen nur ein kleiner Bruchteil zur Verfügung.

Ein weiterer Konfliktpunkt ist der Status von Jerusalem bzw. Ostjerusalem, das Kapitale von Palästina werden könnte und mit den Heiligen Städten für Juden, Moslems und Christen verschiedener Provenienz ein großes Problem darstellt.

Was wurde in der Vergangenheit auf politischer Ebene versäumt, und wer ist für die derzeitige Krise verantwortlich zu machen?

Der Weltöffentlichkeit wurden in der Vergangenheit die Ursachen der Konflikte zu wenig aufgezeigt, vor allem die Entstehung des Flüchtlingselends im Jahre 1948, dem Beginn von Al Naqba am 15. Mai, der palästinensischen Katastrophe. Es ist uns zu wenig bewusst, dass es sich bei Israel um ein kolonialistisches Projekt handelt, genauer gesagt um ein spätkolonialistisches. Wir sind zudem noch immer in kolonialistischem Denken und Fühlen verhaftet und deshalb kaum in der Lage, die Tragweite und das damit verbundene Unrecht, das Palästinensern angetan wurde und wird, (ein-)sehen zu wollen. Sicherlich war es ein Fehler, dass die Araber den Teilungsbeschluss von 1947 nicht akzeptierten und 1948 keinen Staat Palästina neben Israel proklamierten. Andererseits ist dieses Verhalten aus anticolonialistischer Sicht verständlich.

Der Oslo-Prozess hat wesentlich dazu beigetragen, die Realitäten zu verschleiern. Dennoch wäre es bei entsprechendem politischen Willen möglich gewesen, diesen Prozess zu vertiefen, um dann vielleicht doch noch an die Wurzeln des Nahostkonfliktes zu gelangen und für beide Seiten tragbare Lösungen zu entwickeln. Das hätte jedoch bedingt, dass die Oslo-Abkommen konsequent umgesetzt worden wären. Wohlverstanden befürworte ich die Existenz des Staates Israel als eine Heimstätte für uns Juden. Aufgrund unserer Jahrtausende alten Geschichte der Verfolgungen brauchen wir einen sicheren Ort. Nur wurden und werden wir falsch informiert und sind deshalb kaum in der Lage, den Tatsachen adäquat zu begegnen. Andererseits ist es dem palästinensischen Volk nicht gelungen, eine glaubwürdige Führung hervorzubringen. Die Liste der Vorwürfe erstreckt sich v.a. auf mangelndes Demokratieverständnis, Vetternwirtschaft und Korruption.

Wer trägt die Verantwortung? Sicherlich Israel mit seiner mangelnden Bereitschaft für einen gerechten Kompromiss, ein Umstand, der früher oder später zu Gewalteskalationen führen musste. Eine große Verantwortung liegt bei den USA, die ihren Einfluss kaum geltend machen wollen. Israel als geostrategische Basis der Middle East Region erhält jährlich Milliarden an US-Dollars, die hauptsächlich ins hochgerüstete Militär fließen. Einflussreiche jüdische Kreise in den USA sowie eine nicht geringe Anzahl christlicher Zionisten üben mit dem Wahlzettel Druck aus, damit die Situation so bleibt wie sie ist. Aber auch Europa und die EU nehmen ihre Verantwortung zu wenig wahr, ebenso die Kirchen.

Immer wieder ist der Ruf nach einer internationalen Intervention laut geworden. Die Vereinten Nationen haben zur Befriedung der Region jedoch lediglich Papiere in Form von Resolutionen verabschiedet. Was müsste auf Seiten der Internationalen Völkergemeinschaft geschehen, um zu einer tragfähigen Friedenslösung zu gelangen?

Israel müsste dazu gebracht werden, die Völkergemeinschaft überhaupt zu respektieren. Dies ist nicht der Fall, weil es sich von der UNO ständig „in die Pfanne gehauen“ sieht und zwar in erster Linie durch die vereinfachende Formel „Zionismus gleich Rassismus“. Dies stimmt jedoch so nicht. Der Zionismus ist kein monolithischer Block. Die UNO müsste sich in einen Prozess einlassen, der Israel von der Wand der Abwehr zurückholt. Wenn Israel erkennt, dass es mit seiner Geschichte respektiert wird, könnten Resolutionen vielleicht Wirkung zeitigen.

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist die Frage der Einhaltung der Menschenrechte. Inwieweit sehen Sie diese eingehalten bzw. verletzt?

Das schweizerische Forum für Menschenrechte ist

bestürzt über die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten, eine Folge der langjährigen Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts gegenüber der palästinensischen Bevölkerung. Die UNO-Resolutionen 242 und 338 erklären die Westbank und Ost-Jerusalem sowie den Gazastreifen zu von Israel besetzten Gebieten. Nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses muss eine völkerrechtlich tragbare Friedensvereinbarung auf dem Prinzip des Rückzugs Israels aus diesen Gebieten beruhen. Die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten stehen im Zentrum des Konflikts. Sie sind aufgrund der Vierten Genfer Konvention illegal, die eine Ansiedlung der Zivilbevölkerung einer Besatzungsmacht in besetzten Gebieten untersagt. Diese Haltung der Völkergemeinschaft wird auch von der Schweiz geteilt, wie sie es in der Sondersession der UNO-Menschenrechtskommission am 17./18. Oktober 2000 dargelegt hat.

Welche zivilen Konfliktlösungsmöglichkeiten müssten ergriffen werden, um die angespannte Situation zwischen Israelis und Palästinensern zu entschärfen?

Innerhalb Europas sollte eine Doppelstrategie gefahren werden: Einerseits sollte politischer und wirtschaftlicher Druck auf Israel ausgeübt und andererseits gegen jede Form von Antisemitismus vorgegangen werden. Die Verfolgung von Juden über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, um die Gewaltpolitik Israels gegenüber den Palästinensern weiterhin zu legitimieren. Andererseits frage ich mich, ob Druck auf Israel überhaupt etwas bringen kann. Unter uns Juden herrscht die verbreitete Haltung: Und wenn die ganze Welt gegen uns ist, machen wir es trotzdem.

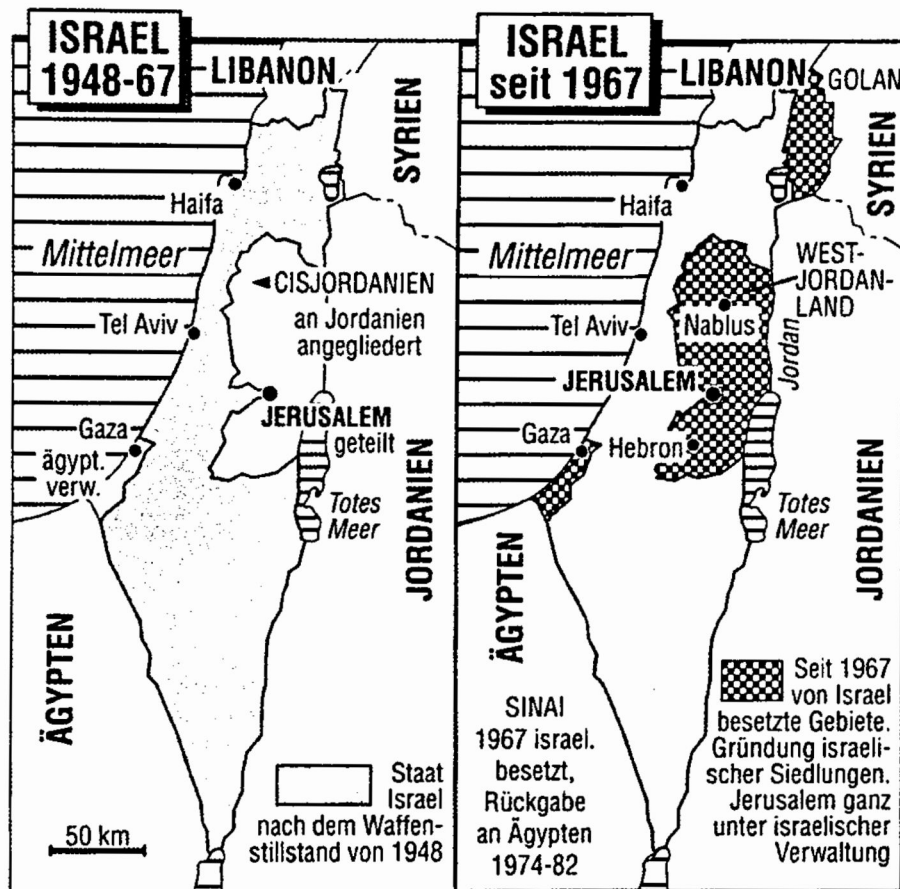
Der Nabost-Konflikt zwischen Israel und Palästina wird oftmals als unlösbar angesehen. Teilen Sie diese Einstellung?

Zur Zeit sehe ich beim besten Willen keine Lösung. Verwandte von mir, die in Ramat Chen bei Tel Aviv wohnen, haben das Gespräch mit mir verweigert, weil ich angeblich auf der anderen Seite stünde. Diese Erfahrung schmerzt mich, weil dadurch keinerlei Unrechtsbewusstsein den Palästinensern gegenüber zum Ausdruck kommt. Aber auch auf palästinensischer Seite stelle ich Frustrationen, Wut und Hass fest. Viele Menschen sind entschlossen weiterhin mit Gewalt gegen Israel zu kämpfen – auch wenn es aussichtslos erscheint. Inmitten dieses Elends halte ich an unspektakulärer Friedensarbeit fest, die mich in der Gewissheit bestärkt, dass die Aufrechterhaltung der Basisgesundheit ein zentraler Bestandteil der Menschenwürde ist. Ein Schlüssel liegt für mich in der gegenseitigen Respektierung dieser Würde. Das scheint so ungeheuer schwierig zu sein.

M 2: Transkription der Sicherheitsrats-sitzung der Vereinten Nationen²

Generalsekretär: Meine Damen und Herren. Ich darf sie herzlich zu einer außerordentlichen Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen begrüßen. Dieser wurde aufgrund des aktuellen Konflikts im Nahen Osten einberufen, da der palästinensische Nationalrat einen eigenen Staat Palästina ausgerufen hat. Ich darf zu Beginn alle Parteien zu einer kurzen Stellungnahme auffordern. Zunächst soll Palästina zu Wort kommen, danach bekommt Israel Redezeit und dann bezieht der Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof Stellung.

Palästina: Wir Palästinenser brauchen jetzt, nachdem wir mehr als 50 Jahre in Flüchtlingslagern und



Quelle: Wochenschau Verlag

besetztem Land leben mussten, endlich ein eigenes Staatsgebiet. Deshalb fordern wir von Israel das Westjordanland, den Gazastreifen sowie Ost-Jerusalem als Hauptstadt für unseren neuen Staat. Vom Sicherheitsrat wünschen wir uns eine militärische Überwachung, um den reibungslosen Verkehr zwischen diesen Gebieten zu gewährleisten. Die mehr als drei Millionen heimatlosen palästinensischen Flüchtlinge sollen in dem neu geschaffenen Staat leben dürfen. Wir fordern des Weiteren einen Baustopp für die jüdischen Siedlungen und eine allmähliche Aussiedelung der israelischen Siedler innerhalb der nächsten zehn Jahre. Wer in den Siedlungen bleiben möchte, soll die palästinensische Staatsbürgerschaft annehmen.

Israel: Wir erklären uns bereit, den Palästinensern den Gaza-Streifen zu übergeben. Jerusalem sollte jedoch unter internationale Beobachtung gestellt werden, um so zu gewährleisten, dass jeder zu seinen religiösen Heiligtümern gelangen kann. Die jüdische Geschichte lässt sich in Jerusalem seit 3000 Jahren, die christliche seit 2000 Jahren und die islamische seit 1400 Jahren verfolgen. Wir sind der Auffassung, dass man zwar Länder teilen kann, jedoch die Geschichte nicht. Deshalb fordern wir für Jerusalem eine gemeinsame Verwaltung. Was das Westjordanland angeht, bieten wir den Palästinensern einen Kompromiss an. 80 Prozent des Landes soll an die Palästinenser übergeben werden. Die restlichen 20 Prozent bestehen aus vorwiegend jüdisch besiedeltem Gebiet an der Grenze zu Israel. Wir schlagen eine Grenzverschiebung in Richtung Osten vor.

Generalsekretär: Vielen Dank. Ich erteile dem Sicherheitsrat das Wort.

Sicherheitsrat (Großbritannien): Wir möchten im Namen des Sicherheitsrats unsere Freude über die Vorschläge Israels mitteilen. Auch der Sicher-

heitsrat hat sich auf einige Positionen festgelegt. So stehen wir hinter einer Rückgabe des Gaza-Streifens an die Palästinenser. Ebenso wollen wir Jerusalem mit einer internationalen Verwaltung versehen. Für das Westjordanland schlagen wir einen provisorischen Übergangszustand vor, der es den dort lebenden Juden ermöglicht, das Land nach und nach zu verlassen. Diesen Siedlern sagen wir Hilfgelder der Vereinten Nationen zu.

Sicherheitsrat (China): Wir sind mit der von den Palästinensern geforderten Sicherung der Verbindungsstrecken zwischen dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland einverstanden. Wir würden von der palästinensischen Delegation nun gerne erfahren, wie sie zu den Vorschlägen Israels steht.

Palästina: Wir sehen die Israelis sehr kompromissbereit und würden ihren Vorschlägen im Wesentlichen zustimmen. Über den Status im Westjordanland wollen wir jedoch noch debattieren.

Sicherheitsrat (USA): Die USA schlagen der Generalversammlung die Aufnahme Palästinas als vollwertiges Mitglied der Vereinten Nationen vor, um so die Staatsgründung anzuerkennen. Diese Meinung wird von allen Sicherheitsratsmitgliedern vertreten.

Generalsekretär: Ich schlage vor, dass wir nun den Internationalen Gerichtshof hören, um von ihm eine Einschätzung der rechtlichen Lage zu erhalten. Hiermit erteile ich dem Internationalen Gerichtshof das Wort.

IGH: Wir haben zunächst die Frage zu klären, ob durch die Staatsgründung und den damit verbundenen Forderungen der Palästinenser Menschenrechte in Gefahr sind bzw. ob durch diese Staatsgründung eine Aggression von Seiten der Palästinenser vorliegt? Dies können wir verneinen, da glücklicherweise beide Parteien auf Gewalt verzichten wollen. Danach haben wir uns darauf konzentriert,

die einzelnen Streitpunkte rechtlich zu untersuchen.

Als wichtigsten Punkt sehen wir die Gebietsansprüche an. Vom rechtlichen Standpunkt der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 von 1967 bzw. 1973 aus gesehen, haben die Palästinenser Anspruch auf die gesamte Westbank und den Gaza-Streifen. Israel ist dazu verpflichtet, sich auf die Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg zurückzuziehen. Dieses Land gehört somit den Palästinensern. Zum Thema Jerusalem unterbreitet der IGH den Konfliktparteien einen Kompromissvorschlag. Jerusalem soll demnach internationalisiert werden, was eine UNO-Beobachtung und Verwaltung zur Folge hätte. Den Palästinensern wird gestattet, ihre Hauptstadt im Ostteil der Stadt zu errichten. Im Gegenzug kann Israel ebenfalls seinen Regierungssitz offiziell von Tel Aviv in den vorwiegend jüdisch besiedelten Teil von Jerusalem verlegen.

Nach der Resolution 242 sind die jüdischen Siedler in der Westbank und im Gaza-Streifen dazu angehalten, sofort jeglichen Aus- oder Neubau der Siedlungen zu stoppen. Ferner muss Israel diese besetzten Gebiete räumen. Jedoch ist die von den Palästinensern geforderte Ausbürgerung dieser Siedler innerhalb von zehn Jahren – nach internationalem Recht beurteilt – inakzeptabel. Sie stellt eine langfristige Vertreibung dar, die nicht legitim wäre. Deshalb kommt der IGH zu folgendem Vorschlag: Den Israelis in den besagten Gebieten muss auch die Wahl gelassen werden, sich palästinensischem Recht zu unterwerfen. Keinesfalls müssen die Siedler in diesem Fall ihre Staatsbürgerschaft ändern. Aufgrund der nachhaltigen Unterstützung der Siedlungspolitik von Seiten Israels müssen aber Siedler, die sich zum Rückzug nach Israel entscheiden, vom israelischen Staat finanziell unterstützt werden.

Nach der Resolution 194 der UN-Generalsammlung muss es palästinensischen Flüchtlingen von Israel ermöglicht werden, in ihr Land zurückzukehren. Der IGH ist sich darüber im Klaren, dass sich die Situation in einem Zeitraum von mehr als 50 Jahren, besonders was die Zahl der Flüchtlinge angeht, stark verändert hat. Deshalb sollte der Sicherheitsrat dazu einen neuen Beschluss fassen.

Generalsekretär: Ich bedanke mich für die Ausführungen. Diese schnelle Einigung kam etwas überraschend. Wir sollten nun den noch offenen Punkt bezüglich der Aufteilung des Westjordanlandes diskutieren. Ich bitte deshalb Palästina, noch einmal Stellung zu nehmen.

Palästina: Grundsätzlich pochen wir auf unser Recht und sehen uns nach den Ausführungen des Internationalen Gerichtshofes in unseren Forderungen bestärkt.

Israel: Wobei dann aber die Frage der Siedlungen nicht gelöst wäre. Wir sind der Meinung, dass wir dem palästinensischen Volk bereits große Zugeständnisse gemacht haben und wollen deshalb nicht von unserer Position abweichen.

Generalsekretär: Da es anscheinend zu keiner Einigung kommt, schlage ich einen Kompromiss vor: Die Gebiete in der Westbank, die von den etwa 140.000 jüdischen Siedlern bewohnt werden, werden zu israelischem Territorium erklärt. Dafür muss Israel im Gegenzug bereit sein, diese Gebiete flächengleich an anderer Stelle zuzugeben, wobei dafür natürlich die Wüste Negev ungeeignet ist.

Palästina: Dann haben wir aber wieder das Problem, dass unser Land zerstört wird und wir an unseren Verbindungsstrecken verwundbar werden. Israel könnte ohne große Probleme das gesamte Land lahm legen.

Israel: Wenn es zu einem Vertrag kommt, werden wir den Palästinensern darin sichere Verbindungs-

strecken zusagen. Notfalls könnte die internationale Staatengemeinschaft bei einem Vertragsbruch unsererseits eingreifen.

Generalsekretär: Wenn dieser Vertrag zu Stande kommt, muss der Sicherheitsrat dafür sorgen, dass die Verbindungen zwischen diesen Gebieten gesichert sind. Bis zur endgültigen Entscheidung der Lage müssen dort meines Erachtens Blauhelm-Soldaten stationiert werden.

Sicherheitsrat (Großbritannien): Nach einer Einigung zwischen Israel und Palästina sollten wir eine Resolution verabschieden, die die Stationierung von Blauhelm-Soldaten entlang der Grenze und den Verbindungsstrecken der Gebiete anordnet.

Sicherheitsrat (USA): Es stellt sich nur die Frage, an welcher Grenze. Hier sollte eine Einigung erzielt werden.

Generalsekretär: Ich sehe, hier gibt es noch Klärungsbedarf. Ich schlage nun fünf Minuten Pause vor. Danach bitte ich die einzelnen Gruppen, sich untereinander geeinigt zu haben und das Ergebnis der internen Beratung bekannt zu geben.

Pause. Heftige Diskussion beginnt. Ende der Pause.

Generalsekretär: Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten! Ich habe versucht, zwischen den Parteien zu verhandeln. Zum einen ist das strittige Gebiet – nach internationalem Recht – Territorium des neuen palästinensischen Staates. Andererseits sehen wir – nach Absprache mit dem IGH – eine Menschenrechtsverletzung in der Vertreibung der 140.000 Siedler aus diesem Gebiet. Wir streben deshalb folgende Zwischenlösung an: Der vorwiegend von jüdischen Siedlern bewohnte Landstrich in der Westbank soll internationalisiert werden. Zu dessen Sicherung soll der Sicherheitsrat beauftragt werden, dorthin Blauhelm-Truppen zu entsenden. Die endgültige Zugehörigkeit dieses Gebiets bleibt noch offen. Der Rest der Westbank und der Gaza-Streifen geht als Staatsgebiet an Palästina. Das Problem darf jedoch nicht verschleppt, sondern muss in Verhandlungen weiter ausdiskutiert werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die wichtigsten Streitpunkte – wie beim Gaza-Jericho-Abkommen – nicht verhandelt werden und so eine wirkliche Einigung nicht zustande kommt.

Sicherheitsrat (Großbritannien): Prinzipiell stimmen wir einer solchen Einigung zu. Wir fordern jedoch, dass dieses neue Abkommen von den beiden Völkern durch demokratische Abstimmungen abgesichert sein muss. Noch einen weiteren Punkt wollen wir geklärt haben. Die Beziehungen Israels zu seinen arabischen Nachbarn waren nie friedlich. Um zu einer politisch stabilen Lage im Nahen Osten zu kommen, fordern wir, dass Israel mit allen Nachbarstaaten Friedensabkommen schließt. Nur unter dieser Bedingung schicken wir Blauhelme.

Sicherheitsrat (USA): Wir begrüßen die Zugeständnisse, die Israel den Palästinensern macht. Wir verstehen jedoch nicht, warum die strittigen 20 Prozent der Westbank nicht Israel angegliedert werden. Die Argumentation, die wir hier führen, ist auf die Resolution 242 zurückzuführen, die Ende der 60er Jahre verabschiedet wurde. Anfang der 70er Jahre wurde Israel jedoch im Jom-Kippur-Krieg von seinen arabischen Nachbarn angegriffen. Wir denken, der damalige Sicherheitsrat hätte Israel unterstützen und die Resolution 242 aufheben müssen.

Generalsekretär: Ich denke, dass die Palästinenser dieses Gebiet nicht aufgeben werden. Ich hätte einen weiteren Vorschlag zu machen: Diese 20 Prozent werden Israel zugegeben, wobei Palästina

natürlich dafür entschädigt werden muss. Dies könnte in Form von Land geschehen. Wenn Israel jedoch Land an der Wüste Negev abgibt, wäre dies für die Palästinenser undienlich, da diese Gebiete kaum zu bewirtschaften sind. Andererseits sind andere Landstriche bereits von Israelis bewohnt, die sich schwerlich palästinensischem Recht unterwerfen wollen. Deshalb schlage ich vor, dass Israel Palästina finanziell oder durch Güter beim Aufbau eines demokratischen Staats unterstützt.

Sicherheitsrat (China): Wären die Konfliktparteien dazu bereit?

Beratungsgespräche

Israel: Wobei wir dann natürlich noch über die Höhe verhandeln müssten.

Sicherheitsrat (China): Würde Israel Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines neuen Staates Palästina akzeptieren?

Israel: Warum nehmt ihr nicht Jericho?

Palästina: Warum nehmt ihr nicht Tel Aviv?

Kurzes Stocken

Sicherheitsrat (USA): Wir verstehen nicht, wie eine Stadt doppelt als Hauptstadt fungieren kann.

Generalsekretär: Zu diesem Punkt ist ja noch keine endgültige Einigung erzielt worden. So wie ich die Konfliktparteien verstanden habe, wollen die Palästinenser ihren Regierungssitz nach Ost-Jerusalem verlegen, aber Israel will seinen Regierungssitz in Tel Aviv belassen, jedoch Jerusalem als Hauptstadt des Landes und der jüdischen Religion verstehen. Beiden Parteien könnte es unter einem internationalen Statut ermöglicht werden, ihre heiligen Stätten zu besuchen.

Palästina: Wir denken, es wäre auch ein Zeichen des Friedens, wenn wir uns eine Stadt teilen und dort zusammen leben könnten.

Generalsekretär: ... was auch sicherlich ganz im Zeichen Jerusalems stehen würde. Gibt es hier noch Diskussionsbedarf? Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Zum Schluss will ich die einzelnen Punkte noch einmal vortragen, um sie dann zur Abstimmung zu bringen: Die Palästinenser bekommen den Gaza-Streifen und 80 Prozent der Westbank zugesprochen. 20 Prozent des Westjordanlandes wird an Israel abgegeben, wobei Israel dafür im Gegenzug den Palästinensern Entschädigungen zukommen lassen muss. Des Weiteren kann Ost-Jerusalem als Hauptstadt des neuen palästinensischen Staates fungieren, wobei ganz Jerusalem internationalisiert wird.

Sicherheitsrat (Großbritannien): Wir haben noch eine Frage, die restlichen 80 Prozent des Westjordanlandes betreffend: Müssen diese Gebiete innerhalb der nächsten zehn Jahre frei von jüdischen Siedlern sein?

Palästina: So wie wir den IGH verstanden haben, können wir dies nicht fordern. Was wir wirklich verlangen ist, dass in diesem Gebiet der Siedlungsbau gestoppt wird.

Generalsekretär: Man sollte den Siedlern die Möglichkeit lassen, ohne dies auf einen bestimmten Zeitraum zu beschränken, zu bleiben oder zu gehen. Sollten sie bleiben, leben sie als Ausländer im Land und müssen sich palästinensischem Recht unterwerfen. Kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diese Lösung?

Israel und Palästina stimmen zu. Der Sicherheitsrat anerkennt die Gründung des Staates Palästina und stimmt der Entsendung von Blauhelm-Soldaten zu.

Generalsekretär: Ausgezeichnet. Ich bedanke mich und schließe hiermit die Sitzung.
Applaus

M 3: Der Nahostkonflikt nach dem 11. September 2001

„Als Resultat des 11. September 2001 wurde der Nahostkonflikt für machtpolitische Zwecke instrumentalisiert, die langfristig enormen Schaden für das Völkerrecht und die Glaubwürdigkeit westlicher Demokratien bedeuten werden. Insbesondere die Haltung der israelischen Regierung gegenüber der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und dem Völkerrecht ist vor dem Hintergrund eines demokratischen Wertesystems völlig inakzeptabel, wird aber von allen Parteien hingenommen und von den USA gedeckt und damit gefördert. So hat Sharon nicht nur Yassir Arafat fünf Monate als seinen persönlichen Gefangenen in Arafats Hauptquartier festgesetzt, sondern auch keine EU-Politiker zu ihm gelassen. Der spanische Außenminister Joseph Pique und Javier Solana, der Koordinator der EU-Außenpolitik, wurden schroff abgewiesen und mussten gedemütigt Jerusalem wieder verlassen. Den US-Außenminister Colin Powell musste Sharon zwangsläufig vorlassen, obwohl er das Treffen zwischen Arafat und Powell öffentlich als Fehler bezeichnet hatte. Trotz dieser Missachtung der EU konnten sich die europäischen Regierungen nicht zu einem Boykott gegenüber Israel entscheiden. (...) Die Missachtung der internationalen Institutionen und des Völkerrechts erreichte seinen Höhepunkt in der Weigerung Israels, eine von der UNO eingesetzte internationale Untersuchungskommission über die Menschenrechtsverletzungen im Flüchtlingslager Jenin einreisen zu lassen. Nachdem man anfangs Zustimmung signalisiert hatte, gelang es Sharon mit Zustimmung der USA, die Einreise der Kommission zu torpedieren. UN-Generalsekretär Kofi Annan löste daraufhin die Kommission wieder auf. (...) Die Kapitulation der UNO vor Israel und seinem Interessenvertreter USA bedeutete für die Vereinten Nationen eine politische Bankrotterklärung. Es zeigte sich auch deutlich, dass Gewalt vor Recht geht – die Ungerechtigkeit hatte obsiegt. In welchem Konflikt will die UNO jetzt überhaupt noch mit Autorität oder Glaubwürdigkeit auftreten?“

(Ludwig Watzal: Der Nahostkonflikt nach dem 11. September 2001. In: Georg Stein/Volkhard Windfuhr (Hrsg.): Ein Tag im September. 11. 9. 2001. Hintergründe, Folgen, Perspektiven. Heidelberg 2002, S. 338-349; hier: S. 346ff.)

Anmerkungen:

¹ Der Vortrag vom 25. Januar 2001 ist hier als nachträglich geführtes Experteninterview in gekürzter Fassung abgedruckt.

² Die Autoren danken Stefan Schroedter (PH Ludwigsburg) für die gekürzte Transkription dieses Textes.

PD Dr. Andreas Brunold, z.Zt. tätig als Pädagogischer Berater für CIM/GTZ an der Universidad Pedagogica Nacional Francisco Morazan in Tegucigalpa, Honduras.

(E-Mail: abrunold@upnfm.edu.hn)

Dipl.-Päd. Udo Schade, Lehrbeauftragter im Fach Geographie an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

(E-Mail: schade.udo@ph-ludwigsburg.de)